



Motion

Sofortiger Systemwechsel bei der Veranlagung von LNG

Der Bundesrat wird beauftragt, eine vernünftige Lösung anzubieten, damit die Versteuerung von LNG auf den frühestmöglichen Zeitpunkt wie international üblich in Kilogramm und nicht in Litern erfolgt. Damit soll nicht nur die stossende Steuerungleichheit beseitigt, sondern auch baldmöglichst eine Reduktion der CO₂-Schadstoffe von -15 Prozent erwirkt werden.

Begründung

Liquefied Natural Gas (LNG) senkt den Ausstoss von CO₂ von LKW um 15 Prozent, die Stickoxide um 35% und den Feinstaub um 90 Prozent. Damit dient der Einsatz von LNG der Umwelt- und der Klimaagenda der Schweiz. Die LNG-Technologie ist marktfähig und wäre gegenüber Diesel kompetitiv, würde die Mineralölsteuer entsprechend internationalen Standards in Kilogramm berechnet und nicht in Litern. Der Bundesrat ist deshalb angehalten, auf den frühestmöglichen Zeitpunkt einen Systemwechsel bei der Versteuerung von LNG vorzunehmen. Dabei ist die Bemessungsgrundlage für LNG von heute 1'000 Liter bei 15 °C auf 1'000 kg anzupassen. Zudem ist die steuerliche Ungleichbehandlung von LNG im Vergleich zu Erdgas, gasförmig zu beseitigen.

Insbesondere in der Logistik-Branche, in der 40 Prozent der Emissionen eines Produkts durch den Transport verursacht werden, könnte der ökologische Fussabdruck durch den Einsatz von LNG deutlich verringert werden. Da LNG mit dem Diesel preislich wettbewerbsfähig ist, haben bereits heute einige Firmen in der Schweiz die Pionierrolle übernommen und massiv investiert, um diese klimaschonende Brückentechnologie national auszurollen.

Wenn es darum geht, den ökologische Fussabdruck zu vermindern, ist der Einsatz von Liquefied Natural Gas (LNG) eine sich lohnende Massnahme. Es gibt keinen Grund, nur deshalb auf positive Umweltwirkung zu verzichten, weil die einzige Hürde eine veraltete Regulierung ist. Der günstigste und wirkungsvollste Umweltschutz entsteht, wenn die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass sich privatwirtschaftlichen Anstrengungen und Innovationen auch lohnen. Die staatliche Handbremse muss jetzt gelöst werden.